

TAGUNG DES RATS DER OECD AUF MINISTEREBENE

AGENDA FÜR WACHSTUM UND ENTWICKLUNG

29.-30. APRIL 2003

RESÜMEE DER VORSITZENDEN

In diesem Jahr begehen wir den dreißigsten Jahrestag des Beitritts Neuseelands zur OECD. Daher war es mir eine besondere Freude und Ehre, den Vorsitz bei dieser Tagung des Rats der OECD auf Ministerebene zu führen.

Unsere Diskussionen wurden durch die wertvollen Beiträge der anwesenden Vertreter aus Nicht-OECD-Ländern bereichert. Auch die Ergebnisse der wichtigen Debatten anlässlich des OECD-Forums sowie des Dialogs mit dem Beratenden Ausschuss der Wirtschaft bei der OECD (BIAC) und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) flossen in unsere Tagung ein.

Wirtschaftsausblick

Die Ministerratstagung fand vor dem Hintergrund eines schwierigen und ungewissen internationalen Umfelds statt. Es war daher nur logisch, dass Wachstum und Entwicklung sowie die Wiederherstellung des Vertrauens im Mittelpunkt der Tagung standen.

Während einige wenige Länder sehr gute Wirtschaftsergebnisse aufweisen, werden andere wohl noch eine Zeit lang auf eine solide Erholung warten müssen. Alles in allem wird für dieses Jahr mit einem bescheidenen Wachstum gerechnet, das sich im nächsten Jahr etwas beleben dürfte.

Die geopolitische Unsicherheit der letzten Jahre hat die Erholung gewiss nicht begünstigt. Als Auslöser für den derzeitigen Konjunkturabschwung haben jedoch die bereits zuvor existierenden makroökonomischen Ungleichgewichte sowie tief sitzende strukturelle Probleme eine maßgebliche Rolle gespielt. Daher gilt es, die kurzfristigen wie auch die langfristigen Probleme anzugehen, ohne diese isoliert voneinander zu betrachten – die besten kurzfristigen Politiken erweisen sich auch langfristig als positiv.

Maßnahmen zur Wahrung des Vertrauens und zur Stärkung des Wachstums

Zahlreiche Minister zeigten sich besorgt über die in den neunziger Jahren verzeichnete Divergenz der Wachstumsraten innerhalb des OECD-Raums wie auch darüber, dass diese Entwicklung bei Fortsetzung der gegenwärtigen Politik wohl andauern wird. Dies stellt die politischen Entscheidungsträger im gesamten OECD-Raum vor zusätzliche Herausforderungen, denn der künftige Wohlstand jedes einzelnen Mitgliedslands ist von dem aller anderen Mitgliedsländer abhängig. Die Konsequenzen sind im günstigsten Fall vertane Chancen, ein niedrigeres weltweites Wachstum und ein geringerer Lebensstandard, als unter anderen Bedingungen möglich wäre. Es wurden Befürchtungen geäußert, dass dies auch Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den OECD-Ländern haben könnte.

Viele Minister verwiesen auf die Notwendigkeit, die multilaterale Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Handelsfragen zu intensivieren, das Vertrauen zu stärken, das Wachstum kurzfristig zu stützen und auf eine Verminderung dieser Disparitäten auf längere Sicht hinzuwirken. Die OECD kann in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle spielen, indem sie der Debatte die notwendigen Impulse erteilt und aus den Erfahrungen der Länder die jeweils empfehlenswertesten Verfahren herausarbeitet, insbesondere in Bezug auf die für ein erfolgreiches Reformkonzept ausschlaggebenden Faktoren.

Es bestand ein hohes Maß an Übereinstimmung über die Art der Herausforderungen, denen wir uns bei der Wahrung und Steigerung des Wachstums auf längere Sicht gegenübersehen, insbesondere Auswirkungen des demographischen Wandels, Notwendigkeit von Produktivitätsfortschritten und Verwirklichung einer ausreichenden Arbeitsmarktflexibilität. Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist keine leichte Aufgabe, zumal politische Lösungen den Gemeinwesen nicht einfach aufoktroiert werden können.

Für die meisten Länder bilden Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und der Beschäftigung eine Priorität. Bildung und Ausbildung, die Beseitigung von Hindernissen für den Eintritt ins Erwerbsleben sowie Maßnahmen, durch die ältere Arbeitnehmer zum Verbleiben im Berufsleben ermutigt werden, wurden sämtlich als gemeinsame Imperative für die staatliche Politik identifiziert. Jedem Einzelnen die Möglichkeit zu geben, seine Rolle in Gesellschaft und Wirtschaft voll wahrzunehmen, ist von entscheidender Bedeutung, sowohl um für mehr Wachstum zu sorgen als auch um den sozialen Zusammenhalt und das Wohlergehen der Gesellschaft insgesamt zu fördern. Bei Arbeitsmarktreformen muss die richtige Balance zwischen der Beseitigung von Rigiditäten, dem Schutz gefährdeter Arbeitskräfte, dem Erfordernis, Arbeit finanziell lohnend zu machen, und der Gewährleistung eines angemessenen Niveaus sozialer Sicherung gefunden werden.

Ein Schwerpunktthema waren auch die wirtschaftlichen und fiskalischen Spannungen, die sich aus dem in den nächsten vierzig Jahren zu erwartenden demographischen Wandel ergeben werden. Die Minister identifizierten eine Reihe von Politikmaßnahmen, mit denen diesen Problemen begegnet werden könnte, wie stärkere Zuwanderung, Produktivitätsverbesserungen und höhere Erwerbsbeteiligung. Zahlreiche Minister stellten fest, dass die demographischen Veränderungen die Tragfähigkeit der bisherigen öffentlichen Rentensysteme in Frage stellen, und unterstrichen die Notwendigkeit dauerhaft gesunder Staatsfinanzen.

Besonders akzentuiert wurden in diesem Zusammenhang Methoden zur Steigerung der Produktivität als Triebkraft des Wachstums – namentlich die Notwendigkeit eines innovativen und unternehmerische Tätigkeit befördernden Umfelds, das die Einführung neuer Technologien sowie Investitionen in Qualifikationen, Wissen und Ideen begünstigt. Viele Minister wiesen darauf hin, dass die Handelsliberalisierung den Wettbewerb und die Innovationstätigkeit im Inland fördern würde. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Dienstleistungssektor, der in den meisten Volkswirtschaften einen immer wichtigeren Platz einnimmt. Der von Japan unterbreitete Vorschlag wurde an den Rat der OECD zur weiteren Prüfung überwiesen. Es bestand Einigkeit darüber, dass die OECD ihre Arbeiten über Möglichkeiten zur Verbesserung der Wirtschaftsergebnisse im Dienstleistungssektor fortsetzen muss.

Vertrauen in die Governance-Institutionen und in den Markt wurde als fundamentale Voraussetzung für das Wachstum angesehen. In diesem Zusammenhang unterstrichen die Minister die Notwendigkeit, den auf Regierungsebene bestehenden politischen Willen zur Lösung der Probleme in konkrete Aktionen umzumünzen.

Den Tagungsteilnehmern wurde ferner ein Bericht über den Dialog mit dem BIAC und dem TUAC vorgelegt, in dem die Bedeutung des Vertrauens für die Förderung des Wachstums sowie in diesem Zusammenhang auch das Erfordernis einer guten Corporate Governance hervorgehoben wurde, wenngleich unterschiedliche Ansichten über die Art und Weise geäußert wurden, wie dies zu erreichen ist. Die Vorsitzende regte an, dass darüber nachgedacht werden sollte, dem BIAC und dem TUAC bei künftigen Tagungen des Rats der OECD auf Ministerebene Beobachterstatus einzuräumen.

Die Gewinne teilen: Förderung von Wachstum und Investitionen in den Entwicklungsländern

Zu diesem Tagesordnungspunkt nahmen die Tagungsteilnehmer die Ausführungen der eingeladenen Minister aus Entwicklungsländern mit Interesse zur Kenntnis.

Es wurde darauf hingewiesen, dass die OECD-Mitglieder in Doha, Monterrey und Johannesburg ihren Willen bekundet haben, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern, die Entwicklungsziele der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen zu verwirklichen und Millionen von Menschen aus der Armut herauszuführen.

Die Minister waren sich einig, dass mehr getan werden kann, um den Entwicklungsländern, vor allem Afrikas, dabei zu helfen, Nutzen aus der Globalisierung zu ziehen. Zu diesem Zweck muss besonderes Gewicht auf den Kapazitätsaufbau sowie auf die Kohärenz der anderen zur Wachstumsförderung notwendigen Maßnahmen gelegt werden.

Inländische und ausländische Investitionen sind zur Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung unerlässlich. Das für Investitionen nötige Vertrauen setzt politische Stabilität, eine solide Wirtschaftspolitik, ein korruptionsfreies Umfeld und Good Governance sowohl im privaten wie im öffentlichen Sektor voraus. ODA-Leistungen stellen eine notwendige, ergänzende Finanzierungsquelle dar.

Es wurde darauf verwiesen, dass die OECD in vielen dieser Bereiche aktiv ist, und es wurde auf breiter Basis dafür plädiert, dass der Rat der OECD einen von Japan unterbreiteten Vorschlag untersucht, der auf die Ausarbeitung einer umfassenden Strategie zur Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern abzielt.

Die Minister betonten, dass der Zugang aller Länder zu Märkten und Technologien ein wesentlicher Faktor für das Wachstum ist. Es wurde durchweg eingeräumt, dass die Politik der OECD-Länder in dieser Hinsicht großen Einfluss hat, insbesondere auf die Exportaussichten der Entwicklungsländer.

Wenn die Auslandsinvestitionen in Entwicklungsländern expandieren sollen, brauchen diese Länder Absatzmärkte für ihre Produkte. Die Minister räumten ein, dass die fortgesetzte Liberalisierung der globalen und regionalen Märkte eine wichtige Voraussetzung für die Förderung weiterer Investitionen in den Entwicklungsländern ist.

Auch die Unternehmen müssen als Partner in den Entwicklungsprozess einbezogen werden. In den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen werden diese dazu angehalten, nicht nur wirtschaftliche und finanzielle Faktoren, sondern auch die entwicklungsrelevanten, sozialen und ökologischen Konsequenzen ihrer Aktivitäten in Rechnung zu stellen.

Fragen des internationalen Handels

Die Minister ließen keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, sich für den Erfolg der WTO-Verhandlungen einzusetzen, in dem Bewusstsein, dass die Doha-Runde eine Chance ist, wie sie sich in jeder Generation nur einmal bietet, und wir diese Chance daher auf keinen Fall ungenutzt lassen dürfen.

Es wurde freimütig eingeräumt, dass wichtige Termine verpasst worden sind. Und es lässt sich nicht leugnen, dass nach wie vor Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es war aber der Wille zu spüren, diese Differenzen zu überwinden.

Es wurde allgemein als notwendig anerkannt, ein höheres Tempo vorzulegen, wenn die Verhandlungen nach Cancun bis Ende 2004 zum Abschluss gebracht werden sollen.

Die Minister waren sich über die folgenden drei Punkte einig:

1. Ihre Länder müssen sich voll zu den ehrgeizigen Zielen bekennen, die sie sich in Doha für diese Verhandlungen gesetzt haben.
2. Die OECD-Länder müssen alles in ihren Kräften Stehende tun, um den Prozess zu beschleunigen, wenn dieser bis Januar 2005 abgeschlossen werden soll.
3. Es muss ein ausgewogenes Ergebnis für alle Seiten erreicht werden, wobei das Thema Entwicklung im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen muss, und unsere Länder müssen bereit und entschlossen sein, die notwendigen Entscheidungen zu treffen.

Es gab auf der Tagung eindeutig positive Zeichen für ein Engagement in konkreten Bereichen. Das galt insbesondere für den Zugang zu den Nicht-Agrarmärkten – einen Bereich, in dem die für Mai in Genf anberaumte Tagung einen wichtigen Meilenstein darstellt. Im Hinblick hierauf wurden auf der Tagung erste Weichen gestellt – mit Anregungen wie Festlegung einer Formel, Absenkung der niedrigen Zölle auf null, Berücksichtigung besonderer, differenzierter Bedürfnisse (*Special and Differential Treatment*) sowie Möglichkeiten der Abschaffung von Zöllen in bestimmten Sektoren. Hier ist Ehrgeiz gefordert, und gewisse Bausteine für eine Lösung nehmen allmählich Gestalt an.

Eine erfreuliche Konvergenz war ferner hinsichtlich der Aufstellung eines geschäftsmäßigen Aktionsplans für das weitere Vorgehen zu beobachten. Die Minister waren sich der Bedeutung eines derartigen Aktionsplans für die fünf oder sechs auf Ministerebene zu treffenden Entscheidungen, die in den kommenden Monaten politische Aufmerksamkeit erfordern werden, voll bewusst. Ein zentrales Thema der Diskussionen war, dass in dieser kritischen Phase Führung vonnöten ist. Trotz sachlicher Differenzen in einigen Bereichen gibt es unleugbar eine transatlantische Kooperation, die von dem Willen getragen ist, auf einen erfolgreichen Ausgang der Verhandlungen hinzuwirken.

Die Debatten machten deutlich, dass es über die Art der jetzt anstehenden Entscheidungen kaum Unklarheiten gibt:

- Es gilt, die zentralen Entscheidungen über Zugangsfragen in Bereichen wie Landwirtschaft, Industriegüter und Dienstleistungen zu treffen, damit nach Cancun substantielle Verhandlungen beginnen können. Die Markt Zugangsbeschränkungen sind ein Kernproblem. Gerade hier sind potentiell enorme Vorteile konkreter Art zu erwarten, woran die Vertreter der Entwicklungsländer, vor allem was die Landwirtschaft betrifft, keinen Zweifel ließen.
- Es muss sichergestellt werden, dass den Entwicklungsaspekten in diesen Bereichen voll Rechnung getragen wird und dass auch bei den anderen Entwicklungsfragen der Doha-Entwicklungsagenda Fortschritte erzielt werden, z.B. was die Sonderbehandlung der Entwicklungsländer (*Special and Differential Treatment*) angeht. Das Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) und die diesbezüglichen Fragen der öffentlichen Gesundheit sind in dieser Hinsicht besonders wichtig. Eine Reihe von Teilnehmern unterstrich die Notwendigkeit, hier eine Lösung zu finden, und die Teilnehmer aus den Entwicklungsländern betonten die Bedeutung, die sie diesem Aspekt beimessen.
- Es muss eine Entscheidung über die so genannten „Singapur-Fragen“ getroffen werden, die in Cancun zur Beratung anstehen.
- Es muss über eine politische Linie bzw. über die präzise Definition bestimmter systemischer Fragen, wie Streitbeilegung, Umwelt, geographische Aspekte und Regeln, entschieden werden.

Schließlich wurde der nützliche Beitrag hervorgehoben, den die OECD dank ihrer analytischen Kapazität zu den Verhandlungen leisten kann. Es gab auch eine ganze Reihe von Anregungen, wie der Wert der OECD als Input-Faktor noch weiter optimiert werden könnte. Der Rat der OECD wird diese Anregungen aufgreifen und sie auf ihre Realisierbarkeit wie auch gegebenenfalls auf die Modalitäten ihrer Umsetzung hin prüfen. Die intellektuellen und praktischen Kompetenzen der OECD sind hier besonders gefragt.

Reform der OECD

Schließlich brachten die Minister zum Ausdruck, wie sehr ihnen daran liegt, dass die OECD weiter effizient arbeiten kann. In diesem Zusammenhang begrüßten sie den Bericht des Generalsekretärs über die bisherigen Fortschritte bei der Reform der Organisation wie auch die jüngst vom Rat angenommene „Marschroute“ für weitere Maßnahmen. Die Minister beabsichtigen, auf ihrer nächsten Tagung im Jahr 2004 Entscheidungen über besonders wichtige Aspekte der Reform zu treffen.